

Freie Wähler in Bayern für Wahl 2008 gut aufgestellt

Hubert Aiwanger spricht in Zusmarshausen über ländlichen Raum und dessen Zukunft

Zusmarshausen (PM)

Immer wieder begleiteten die Mitglieder der FW Bayerns die Rede ihres Vorsitzenden Hubert Aiwanger mit heftigem Applaus. Während der Landesversammlung der Delegierten in Zusmarshausen sprach das prominenteste Mitglied der Wählervereinigung über die Zukunft des ländlichen Raums und die anstehenden Probleme. Seine klare Botschaft über die Politik der regierenden CSU war in der halbstündigen Ansprache Aiwangers zusammen gefasst. Lautstark und in freier Rede schlug er einen umfassenden Bogen. Angefangen vom fehlenden Zugang zu moderner Informationstechnologie über mangelnde Gesundheitsversorgung bis hin zur Bildungspolitik und Landwirtschaft.

Nach Meinung des Vorsitzenden der Freien Wähler Bayerns sei die Vereinigung gut für die Wahl in 2008 aufgestellt. Man werde sich der Zukunft des ländlichen Raums glaubwürdig annehmen, so Aiwanger. Es dürfe nicht sein, dass immer mehr Pendler in die Stadt fahren müssen und gleichzeitig streiche man ihnen die Pendlerpauschale. Die Politik der FW sieht er nicht als Konfrontation zu den Städten. Im Gegenteil, es gäbe genügend negative Beispiele übervoller Großstädte. Daher könne es auch nicht im Sinne der urbanen Bevölkerung sein, dass immer mehr Menschen in die Städte ziehen, weil ihnen auf dem Land die notwendigen Voraussetzungen als Lebensgrundlage entzogen werden.

Aiwanger forderte bis spätestens 2009 für jeden Haushalt in den ländlichen Regionen die Möglichkeit, einen DSL-Anschluss zu erhalten. Der akute Zuständigkeitswirrwarr in diesem Zusammenhang müsse ein Ende finden.

Die Straßenverhältnisse in Bayern erinnerten ihn an die ehemaligen Verhältnisse der Ex-DDR. Gute Vorbilder im Straßenbau könne man in Hessen und Baden-Württemberg sehen. In Bayern liege hier einiges im Argen. Wirtschaftliche Verluste durch kilometerlange Staus seien heutzutage nicht mehr vertretbar.

Ein zentrales Thema war für den Landesvorsitzenden auch die Gesundheitsreform im ländlichen Raum. Ein deutlicher Schwund der Hausärzte und überall Defizite im Krankenhauswesen gehen ebenfalls auf das Konto der bayerischen Landespolitik, so Aiwanger. Die Freien Wähler setzen sich für eine flächendeckende Gesundheitspolitik auf dem Land ein und das sind nicht nur Lippenbekenntnisse! Es könne nicht angehen, dass immer mehr Krankenhäuser aufgrund finanzieller Engpässe der Kommunen privatisiert werden. Es müsse gewährleistet sein, dass jeder innerhalb kürzester Zeit Zugang zu ärztlicher Versorgung habe, so die Forderung Aiwangers. Viele Dinge in einigen Kommunen könnten nicht mehr finanziert werden, weil diese langsam ausbluten. Als Beispiel dafür nannte er die Kinderbetreuung. Heutzutage sei nach aktueller Diskussion ein Kind ein Unkostenfaktor. Kümmern sich Eltern selbst um ihre Kinder, kosten sie kein Geld. So werde ein gesellschaftspolitischer Druck auf die Familien abgewälzt und diese als Subventionsempfänger abgestempelt. Die moralische Diskreditierung sei nicht hinnehmbar, forderte Hubert Aiwanger. Auch könne man nicht ständig alles auf die Kommunen abwälzen, weil sie gleichzeitig

finanziell mehr und mehr heruntergefahren werden. „Das ist ein erbärmlicher Umgang mit den Kommunen im ländlichen Raum.“

Für die Bildungspolitik forderte Aiwanger deutlich eine wohnortnahe Beschulung und kleinere Klassen. Man solle nicht immer die demografische Entwicklung zum Vorwand nehmen, um Hauptschulen zu schließen. Das habe lediglich zur Folge, dass Schulkinder durchs Land gekarrt werden und die Familien wegen zu großer Klassen häufiger Nachhilfeunterricht aus eigener Tasche bezahlen müssten.

Auch stehen für Aiwanger die Kosten für den Ausbau der Transrapidstrecke in keinem Verhältnis zum Nutzen. Der ländliche Raum sei dann wieder mal der Verlierer, weil bayerische Gelder nur noch auf diese Kosten konzentriert würden. Die Industrie müsse sich angemessen an den Kosten beteiligen.

Aiwanger warnte die Bevölkerung davor, sich die Privatisierung der Wasserversorgung gefallen zu lassen. Der Bürger sollte wissen, wo Gentechnik eingesetzt würde und was ihm auf den Teller kommt. Es könne nicht das Ziel der Politik sein, dass bäuerliche Betriebe über Gebühr bürokratisiert werden und nicht mehr überlebensfähig sind. Die Landwirtschaft stehe auf der Prioritätenliste der Freien Wähler ganz oben sagte der Landesvorsitzende.

Ziel der Freien Wähler sei es, im Bayerischen Landtag zu sitzen. Von den Medien inzwischen mehr beachtet, haben wir uns vom ledigen Kind der bayerischen Politik in einen schönen Zukunftstraum entwickelt. Die Freien Wähler sind nie verhätschelt worden und bis zur Wahl 2008 werden wir noch einige Kröten schlucken müssen. Doch der ländliche Raum wird ein Thema für uns bleiben! Diese abschließenden Worte und die Rede des Vorsitzenden belohnten die Delegierten mit lang anhaltendem Applaus.

Vor der mitreißenden Ansprache Aiwangers als Höhepunkt des Vormittags in Zusmarshausen, begrüßte Josef Rid in seiner Funktion als FW-Bezirksvorsitzender Schwaben die Delegierten und Ehrengäste. Die großen Erfolge der Vergangenheit der FW zählte Rid auf. Auch warnte er vor der Gefahr, dass der ländliche Raum gegenüber den Städten nicht zu sehr ins Hintertreffen gerate.

Max Strehle war als Vertreter des Landkreises zur Versammlung geladen. Er bezeichnete den Landkreis Augsburg als Schrittmacher für die Region in punkto Wirtschaftsentwicklung und Infrastruktur. Den Freien Wählern dankte Strehle für das gute Miteinander im Kreistag.

Der Bürgermeister von Zusmarshausen, Albert Lettinger, betonte die exponierte Lage des Marktes. Der Druck für den Ausbau der nahe gelegenen A8 solle verstärkt werden, eine Lösung für die Finanzierung müsse gefunden werden. Gemeinsames Handeln sei hier gefordert, so Lettinger. Die Delegierten bestätigten dies mit Applaus.

Dr. Markus Brem, Kreisvorsitzender der Freien Wähler, Landkreis Augsburg erweiterte die Themenliste seiner Vorgänger am Rednerpult. Brem sprach neben der notwendig gewordenen Satzungsänderung auch die Müllpolitik des Landkreises Augsburgs an. Immerhin stünde eine Verbrennungsanlage im Landkreis Augsburg. Dass die ländliche Region nicht zufällig auf der Themenliste der Delegiertenversammlung stehe, betonte auch er. Dies sei eines der wichtigsten Aufgabengebiete der FW, so Brem. Fortschreitende Internationalisierung und Globalisierung gehe auch in den ländlichen Raum über. Dies mache eine Förderung der Bildungseinrichtungen immens wichtig. Brem hofft, dass das letzte Wort bezüglich des Beginns des zweiten Bauabschnitts der Zusmarshausener Realschule

noch nicht gesprochen sei. Für den Kreisvorsitzenden ein wichtiger Diskussionspunkt für die bevorstehende Wahl im Jahr 2008.

Nach Dr. Markus Brem sprach Heinrich Schmidt, Mitglied des FW-Landesvorstandes. Er bezeichnete den ländlichen Raum als Stiefkind der bayerischen Landespolitik. Kürzungen bei der regionalen Wirtschaftsförderung und den Dorferneuerungen sprechen eine deutliche Sprache, so Schmidt. Er forderte verbesserte Lebenschancen und Lebensqualität für den ländlichen Raum.

Der letzte Redner vor Hubert Aiwanger war sein Stellvertreter, Bernhard Pohl. Auch er fand klare Worte für die Herren Huber, Beckstein und Stoiber und verurteilte die Metropolpolitik der bayerischen Landesregierung. Die Regionen weiter weg von München fallen mehr und mehr zurück. Der München umgebende Speckgürtel wachse und andere Teile des Landes sterben immer mehr aus. Er forderte eine ausgewogene Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur für ganz Bayern.